

Gegen Nachwuchsprobleme beim Militär: US-Streitkräfte lockern Regeln für Tätowierungen

24 Juni 2022 22:49 Uhr

Nachwuchsprobleme beim Militär plagen nicht nur die Bundeswehr. Das US-Militär erlaubt künftig mehr Tätowierungen, was auch der Rekrutierungsflaute entgegenwirken soll. Zudem gibt es Ausnahmeregelungen, um weiteren Bewerbern den Eintritt zu ermöglichen.



Quelle: www.globallookpress.com © Robert King/ ZUMAPRESS/ Global Look Press
Künftig sind Tätowierungen im Nacken von US-Soldaten erlaubt (Symbolbild: US-Soldatinnen im Irak, Bagdad, 12. März 2004)

Die US-Armee hat nur 40 Prozent ihres geplanten Rekrutierungsziels erreicht, wie der Sprecher der Army G-1, Major Angel Tomko, Berichten zufolge jüngst mitteilte. Militarismus gilt offenbar in einigen Gesellschaften nicht mehr als zeitgemäß. Um das Militär attraktiver wirken zu lassen, es dem Zeitgeist anzupassen und vielleicht mehr geeignete junge Menschen zu finden, wird so einiges unternommen. Wie verzweifelt die Lage des Militärs ist, zeigt sich hierzulande mitunter an umstrittenen Werbekampagnen, die sich unverhohlen an Minderjährige wenden, Zusagen über familienfreundliche Arbeitsbedingungen oder sogar der Inflation angepasste Löhne, die mit dem Sondervermögen finanziert werden sollen.

In den USA ist in dieser Woche eine neue Armee-Richtlinie veröffentlicht worden, bei der die Vorgaben für Tätowierungen von Soldaten gelockert werden. Die neue Verordnung über das Erscheinungsbild der Armee erlaubt es US-Soldaten künftig, kleine Tätowierungen an Händen, Ohren und Nacken zu haben, wie Armeebeamte am Donnerstag erklärten.

Laut den Änderungen ist damit eine trotz Kleidung sichtbare Tätowierung auf jeder Hand, die weniger als einen Zoll groß ist, erlaubt. Auf den Fingern ist allerdings nur eine Ring-Tätowierung pro Hand zugelassen, ebenso wie "eine unbegrenzte Anzahl von Tätowierungen zwischen den Fingern, solange sie nicht sichtbar sind, wenn die Finger geschlossen sind".

Im Nacken der Soldaten darf es eine Tätowierung bis maximal zwei Zentimeter geben und hinter den Ohren darf es Tätowierungen geben, die nicht größer als ein Zoll sind und nicht über das Ohrläppchen hinausgehen.

Nicht erlaubt seien nach wie vor Tätowierungen im Gesicht oder anderswo auf dem Kopf, im Augenlid, im Mund oder in den Ohren. Außerdem, so warnte Oberstabsfeldwebel Ashleigh Sykes, der in der Personaldirektion für die Uniform- und Erscheinungsbildpolitik zuständig ist:

"Diejenigen, die in die vier Kategorien Rassismus, Sexismus, Extremismus oder unanständige Tätowierungen fallen, sind nach wie vor verboten."

Make-up-Tattoos, die zu kosmetischen Zwecken beispielsweise den Lidstrich verstärken, sind weiterhin erlaubt. Jene Soldaten, die bereits eine Ausnahmegenehmigung für größere Tätowierungen haben, würde die neue Richtlinie nicht weiter negativ betreffen. Bisher gab es bereits nicht wenige Rekruten mit Tätowierungen, die nach den bisherigen Regeln nicht erlaubt waren – sie brauchten dafür aber eine Ausnahmegenehmigung während ihres Aufnahmeverfahrens. Im Haushaltsjahr 2020 seien mehr als 1.400 Anträge auf Befreiung von Regeln für Tätowierungen für angehende Soldaten bearbeitet worden und letztlich etwa 1.100 genehmigt, wie *Army Times* berichtet.

Schon als im Jahr 2006 "Nachschub" an Rekruten wegen des Irak-Kriegs dringend benötigt wurden, lockerten die US-Streitkräfte ihre Tätowierungsvorschriften drastisch, um den möglichen Bewerberpool auszuweiten.

Laut Linden St. Clair, der als stellvertretender Sekretär für Rekrutierung und Bindung in der US-Armee zuständig ist, sei die Motivation für die neuen Vorgaben zwar nicht hauptsächlich gewesen, die Zahl der Neuzugänge zu erhöhen, doch werde das ein positives Nebenresultat sein. Die Angleichung der Armeepolitik an die gesellschaftlichen Normen könne seiner Ansicht nach aber dazu beitragen, den scheinbar sinkenden Anteil junger Amerikaner zu bekämpfen, die geeignet und bereit sind zu dienen, wie er *Army Times* sagte.

Demnach hätten jüngste Untersuchungen der US-Armee ergeben, dass nur etwa 23 Prozent der US-Bürger im Alter von 17 bis 24 Jahren ohne irgendeine Ausnahmegenehmigung diensttauglich sind. Die Ausweitung der medizinischen Vorsorgeuntersuchungen geht einher mit der zunehmenden Diagnose von disqualifizierenden Krankheiten wie Asthma oder ADHS in der Kindheit, von denen viele Versicherungsgesellschaften von den Ärzten eine Dokumentation verlangen, damit sie die Kosten für die Leistungen übernehmen.

Die Dienststelle ziehe "viele" andere Änderungen in Betracht, um die Rekrutierungsflaute zu bekämpfen, einschließlich altbewährter Maßnahmen wie höherer Prämien, zitiert *Army Times* St. Clair weiter.

